

Bezugspreis:

Blattjähr 4,75 Mk. monat 2,25 Mk. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Komparativzeilen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 20. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wahlen am 19. Januar.

Sieg der Sozialdemokratie auf dem Kongress.

Mit erdrückender Mehrheit hat der Kongress gestern beschlossen, die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ...

Sieghaft geblieben ist das sozialdemokratische Programm und der sozialdemokratische Wille, dem Volk so rasch wie möglich die Entscheidung über sein Geschick in die eigenen Hände zu geben ...

Nun trennt uns nur noch ein knapper Monat von der entscheidendsten Wahlkämpfe, die jemals auf deutschem Boden geschlagen worden ist, und wir Sozialdemokraten kämpfen in ihr diesmal zum erstenmal um den ganzen Sieg ...

Wir haben in den letzten Wochen leider nur zuviel zu tun gehabt, um einer für alle Welt deutlichen Trennungsschritt nach links zu ziehen. Und verbindet nichts mit den Elementen, die russischen Wünschen Einfluss auf den Gang der deutschen Politik gewähren wollten ...

Wir stehen nur für unsere eigene Politik ein, nicht aber für die Politik kleiner Gruppen, die allen Boden unter den Füßen verloren haben. Wir erwarten aber von diesen Gruppen, daß sie es uns künftig ermöglichen werden, den Kampf so zu führen, wie er geführt werden muß ...

Gegen rechts wollen wir den Kampf führen, gegen jeden Versuch, das Volk um die Errungenschaften seiner Revolution zu pressen, den rein demokratischen Charakter der deutschen Republik zu trüben oder das deutsche Volk statt auf den Weg vorwärts zum Sozialismus auf den Weg zurück nach einer kapitalistischen Gesellschaft zu führen ...

In diesem Augenblick vollzieht sich eine gewaltige Sammlung aller nicht sozialdemokratischen Elemente. Gewiß wird es unter ihnen auch Elemente geben, deren Begerlichkeit gegen die Sozialdemokratie von keinem Eigennutz besetzt ist ...

Sie könnten sonst nicht Gegner der Sozialdemokratie sein, die sich das Ziel gesetzt hat, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben, ohne dabei auf die gewohnten Bequemlichkeiten der bestehenden Klassen Rücksicht zu nehmen. Denn so blind kann heute keiner mehr sein zu glauben, die Sozialdemokratie wolle nur zerschören aus Haß gegen den Besitz ...

Die bestehenden Klassen leben aber die Sache anders. Ihrer naiven Selbstsucht erscheint ihr eigenes Wohl als das Wohl der Gesamtheit, jeder Sozialismus ist ihnen als Wirtschaftsverstörender, gemeingefährlicher Bolschewismus ...

Der Kapitalismus wird seine Stellung mit Geldkräften verteidigen, und nur die sicher arbeitende sozialdemokratische Artillerie vermag in diese Barricaden Breche zu schlagen.

Darauf kommt es an! Das ist die weltgeschichtliche Entscheidung des 19. Januar.

Am Interesse einer stetigen organischen Entwicklung auf der Bahn der Demokratie und des Sozialismus braucht die

deutsche Nationalversammlung eine starke sozialdemokratische Mehrheit.

Sie braucht sie aber auch im Interesse des Friedens, den wir abschließen im Begriffe sind. Die Sozialdemokratie hat während des ganzen Krieges mit allen ihren Kräften das Verhängnis der Niederlage vom deutschen Volke abzuwehren versucht ...

Der Sieg der Sozialdemokratie am 19. Januar wird unseren Feinden von gestern zeigen, daß das besiegte Deutschland ihnen ohne Haß und Nachgedanken gegenübersteht ...

Wie wir die Niederlage bekämpft haben, so wollen wir jetzt versuchen, zu retten, was aus dem Bankrott der Monarchie und des Militarismus zu retten ist, und bitten dazu das Volk um seine Vollmacht.

In den inneren Kämpfen der Revolution hat der Geist der Sozialdemokratie gesiegt. Der Erfolg war, daß die revolutionären Massen durch ihre Vertreter dem ganzen Volk so rasch wie möglich sein volles, freies Selbstbestimmungsrecht gegeben haben. Die sozial angefeindeten Kräfte, deren vereinzelte Mißgriffe wir Sozialdemokraten scharfer und wirksamer bekämpften ...

Ein Monat liegt vor uns, in dem es für keinen rechten Sozialdemokraten Ruhe geben wird. Es gibt kein Maß von Aufopferung, das nicht durch die Größe der Entscheidung gerechtfertigt würde. Jeder muß bereit sein, an dem Posten, an dem er steht, bis zur Erschöpfung zu arbeiten, auf daß es uns gelinge, aus den Trümmern dieser alten Welt ein Reich neuer Freiheit und neuen Volksfriedens aufzubauen ...

Neuer Sturm auf dem Kongress.

Um die Kompetenzen des neuen Volksgrates. — Der neue Volksgrat nur mit Mehrheitssozialisten besetzt.

Veider blieb auch der gestrige Tag, der den Höhepunkt des Kongresses bildete, nicht ohne Sturm. Anlaß dazu gaben die inneren Auseinandersetzungen, in denen sich die Unabhängigen befinden. Diese hatten, wenigstens in ihrem linken Flügel, großes Mißbehagen über die lex Lindenmann zu erkennen gegeben ...

Dieser Streit um die Kompetenzen ist an sich um so wichtiger, als es sich um eine Regelung für wenige Wochen bis zum Zusammenritt der Nationalversammlung handelt. Uebrigens bedeutet die Haltung der Unabhängigen gerade kein Vertrauensvotum für ihre Vertreter in der Reichsleitung ...

hängigen es darauf anlegten, die Stellung ihrer eigenen Vertreter in der Regierung zu untergraben.

Jedenfalls müssen die gestrigen Vorgänge jedem ruhig Urteilenden zeigen, daß das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen nicht leicht ist, da diese nicht einmal mehr miteinander recht zusammenarbeiten können. Die Absicht, den Kongress noch am gestrigen Tage zu schließen, die den Mehrheitssozialisten als ein Attentat auf die Sozialisierung ausgelegt wurde, entsprang wiederum nur einem Abkommen, das mit dem Führen der Unabhängigen getroffen wurde ...

Internationale Arbeiterkonferenz im Januar.

London, 18. Dezember. Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und der nationale ausführende Ausschuß der Arbeiterparteien kamen heute zusammen, um über die vorgeschlagene internationale Arbeiterkonferenz, die gleichzeitig mit der offiziellen Friedenskonferenz abgehalten werden soll, zu beraten. Die beiden Ausschüsse kamen überein, zusammen mit den Arbeitern und den sozialistischen Parteien der anderen Länder eine internationale Konferenz für Anfang Januar einzuberufen ...

Der „Neue Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Die Versammlung der Leiter der englischen Arbeiterpartei und des Arbeiterkongresses, auf dem die Wahlung einer internationalen Arbeiterkonferenz in der Schweiz beschlossen wurde, sollte auch eine Entscheidung, die dem Premierminister gestellt werden soll. Darin wird die Ansicht ausgesprochen, daß der Friedensvertrag in Uebereinstimmung mit dem ersten von Wilsons 14 Punkten in voller Öffentlichkeit verhandelt und abgeschlossen werden muß ...

Das preussische Wahlgesetz.

Der Wahlgesetzentwurf zur preussischen Nationalversammlung ist fertig und wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

# Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Die früher in der deutschen Presse verbreitete Darstellung, daß der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover 2 1/2 Millionen Tonnen deutschen Handelschiffraum zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln gefordert habe, ist unrichtig. Die Behinderung lautet nicht, 2 1/2 Millionen Tonnen ausschließlich zur Nahrungsversorgung Deutschlands zu bestimmen, sondern es heißt einfach, daß diese Menge Schiffraum unter Aufsicht der Entente zusammenzubringen sei.

Nach dem "Abend" berichtet der "Corriere della Sera" aus London, daß die Lebensmittelpolitik der Verbündeten grundsätzlich als ein allen Verbündeten gemeinsames Problem anerkannt worden ist und daher auch nur gemeinsam gelöst werden kann. Die Wahrscheinlichkeit spricht daher dafür, daß die Versorgung in drei Abschnitten und von drei verschiedenen Organisationen erfolgen wird. Die erste für die Verbündeten und die besetzten Länder, die zweite für die Neutralen und die dritte für die feindlichen Länder. Die Verteilung an die neutralen und feindlichen Länder wird wahrscheinlich durch Amerika erfolgen, aber nach den Beschlüssen, die das interalliierte Komitee darüber fassen wird.

## Nationalversammlung und Waffenstillstandskommission.

### Die Abgabe des Eisenbahnmateriale.

Berlin, 19. Dezember. In der Vollziehung der Internationalen Waffenstillstandskommission in Spa am 18. Dezember fanden eingehende Erörterungen über die Beschränkung der Verkehrsverke zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland zwecks Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung statt. Der Vertreter der deutschen Regierung überreichte eine Note, in der schnelle Beseitigung dieser Verkehrsbeschränkungen erbeten wurde, und fügte hinzu, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, wenn baldigt geordnete und verfassungsmäßige Zustände in Deutschland hergestellt würden. Dies sei die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, in der das gesamte deutsche Volk, also auch die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete vertreten sein müßte. Bei der gegenwärtigen Absperrung dieser Landesteile sei aber die ordnungsmäßige Vornahme von Wahlen sowie die hierzu erforderlichen Vorbereitungen ausgeschlossen.

In Beantwortung der Note gab General Rudant der Befürchtung Ausdruck, daß die Frage an hoher Stelle als zu allgemein gehalten betrachtet werden könnte, weil aus ihr nicht hervorgehe, was deutscherseits verlangt würde. Die Wichtigkeit der Wahlen sei unbestreitbar und ihre ordnungsmäßige Durchführung dürfe nicht behindert werden. Es läge jedoch darauf an, zu wissen, was unter freiem Verkehr zwischen den Gebieten links und rechts des Rheins zu verstehen sei. Es sei klar, daß eine gewisse Anzahl von Eisenbahnelementen (éléments de désordre) nicht hin- und herreisen dürfe. Bei Weitergabe der Note in der vorliegenden Form würde ihm wahrscheinlich geantwortet werden: "Das ist zu allgemein gehalten", und dann müßte sich die Erledigung der Angelegenheit sehr lange hinziehren.

Von deutscher Seite wurden zu dieser Frage nähere Angaben in Aussicht gestellt. Die deutsche Note, in der Staatssekretär Erzberger der deutschen Kommission in Spa mitteilt, daß wegen Abgabe des Eisenbahnmateriale alles notwendige veranlaßt sei, gab gleichfalls zu Erörterungen Anlaß. Staatssekretär Erzberger hat darin, möglichst bald Verkehrs-kommissare der Alliierten nach Berlin zu entsenden, damit sie sich von der Durchführung des Vertrages überzeugen könnten. Der Vorsitzende der deutschen Kommission fügte hinzu, der vorliegende Vorschlag sei ein neuer Beweis dafür, daß die deutsche Regierung den Willen habe, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ihr Ziel müsse die unbedingte Befriedigung beider Teile sein. Von Seiten der deutschen Kommission würde alles nur Mögliche hierzu geschehen.

## Pferde.

Auch sie lehrten Heim.  
Und wir Soldaten können und eines heißen Gefühls der Liebe zur leidenden Kreatur nicht erwehren, wenn wir unsere getreuen Kameraden der Schlacht heute in der Heimat wiedersehen.  
Pferde: jeder Soldat kam mit ihnen in Berührung. Sie trugen den Reiter, den die Granaten verfolgten. Sie schafften nachts Munition und Proviant zur Front auf den geschwollenen Wegen. Sie zogen über die Krümmfelder Frankreichs, die Eis- und Schneewälder Rußlands, sie stiegen über die stürmischen Alpenpässe bis hinunter zur schimmernden Piada. Sie waren überall auf der Welt, wo der deutsche Soldat war.  
Pferde: ihr Hungeriet wie er. Ihr arbeitet wie er und gabt euer Bestes. Ihr wart immer da. Tag und Nacht bereit für den Tod. Wie vielen braven Männern hat eure Schnelligkeit das Leben gerettet. Wieviele deutsche Söhne hoben dankbar eurer Wärme in kalten Nächten mit euch in zugigen Ställen und offenen Schuppen geschlafen! Was litt ihr nicht, ihr armen Pferde! Und strahen die Läufe, und eure Haut wurde rauh und hös. Unsere Gefichter fielen ein, und unsere Augen lagen tief, eure Leiber wurden mager und alle Rippen sichtbar. Auf allen Straßen, auf allen Feldern liegen deutsche Soldaten. Und überall, in Chausseegräben und Krümmern, lagen zerstückt, zerissen die Leiber eurer Kameraden, arme Pferde. Die Menschen suchten in Bazaretteln, ihr sandet kaum Platz in den überfüllten Heimen der Pferde. Eure Knochen waren zerstückelt, eure Leiber wund, euer letztes Mark ausgepreßt. Wie oft fanden wir zusammen in Nacht und Regen, hungrig, müde, erfroren. Wie oft steigt ihr rasend empor, wenn der Tod vor oder nahe neben euch darft, und die Eisenfüße viele von euch, viele von uns zerstückeln!  
Der Krieg zermürbte uns. Ich sah euch herunterkommen, ausgehungert, abgetrieben, und Gefühlos nannten euch elende Schinder. Wie oft lag ihr am Morgen kraftlos in euren Ställen. Der Platzengang half euch wieder auf. Wir stühten euch, halfen euch, heilten eure Wunden, die die Menschen, die grausamen, euch schlugen. Und wie oft lag ihr morgens heil auf den färschlichen Spießspänen und eure guten, festensvollen Augen stierten gläsig und tot. Wieviele von euch sah ich auf den Schinderlaren gerren zur letzten Fahrt. Arme Pferde! Und ging es nicht besser als euch?  
Über nun sind wir daheim. Und wenn wir Soldaten euch, unsere langmütigen, geduldigen, braven Kriegskameraden heute sehen, dann geloben wir: Der neue Mensch wird auch die Kreatur, das Tier in seine Liebe einschließen! Er wird niemals mehr Herr sein, sondern überfall und immer Bruder und Mitgeschick! Er wird und darf das Tier nicht mehr verachten, sondern er wird das Wesen der Liebe ausdehnen über alle Kreatur der Erde. Wird nicht allem für sich eine Seele beanspruchen, wird gerechter sein

General Rudant erwiderte, daß der in der Note gemachte Vorschlag, Sachleute nach Deutschland zu entsenden, die eine Überwachung und Nachprüfung der deutscherseits gegebenen Befehle übernehmen, als ein Beweis für den guten Willen anzusehen sei, den die deutschen Behörden in dieser Angelegenheit zeigen wollen. Er werde den Vorschlag selbstverständlich Marshall Koch übermitteln, nach seiner Ansicht laute aber die Hauptfrage: "Wie gestaltet sich die praktische Seite der Ausführung und Lieferung?" Was diese anbelangt, so seien französischerseits alle Maßnahmen getroffen worden, um eine Wiederkehr unangenehmer Zwischenfälle zu vermeiden.

Zum Schluß überreichte General Rudant mehrere Entscheidungen betreffend die Regelung des Verkehrs in den besetzten Gebieten, insbesondere in dem rechtsrheinischen Gebiet zwischen Koblenz und Mainz und über die Zulassung und Rückkehr rechtsrheinischer Deutscher.

Die Erlaubnis zur Heimreise in Gebiete, die von den alliierten Seeren besetzt sind, sowie zum Verkehr innerhalb derselben und zur Ausreise wird von den alliierten militärischen Ortsbehörden erteilt. Im neutralen Gebiet müssen diesbezügliche Besuche durch die Befehlshaber des entsprechenden Abschnittes der neutralen Zone an die Militärbehörde der Alliierten gerichtet werden.

## Keine Truppenlandungen in Danzig.

### Undeutsche Tumulte.

Danzig, 19. Dezember. (Eigener Bericht des "Vorwärts".) Die Meldung des "Berliner Tageblattes" von der Landung von 50 000 Mann polnischer Truppen ist vollständig aus der Luft gegriffen. Morgen wird hier ein englischer Kreuzer eintreffen, der eine Abnahmekommission an Bord führt. In Danzig ist alles ruhig. Die Murrufen von gestern gingen von Undeutschen aus, welche polnische Läden plünderten, die polnische Zeitung besetzten und dort Zerstörungen anrichteten.

## Der britische Generalgouverneur von Köln gegen die Räte.

Berlin, 19. Dezember. Der Regierungspräsident zu Köln hat seinen auf Veranlassung des britischen Generalgouverneurs nachstehende Verfügung an die Behörden des von der britischen Armee besetzten Gebietes ergehen lassen: "Der britische Generalgouverneur hat angeordnet, daß sich in dem von den britischen Truppen besetzten rechts- und linksrheinischen Gebiete die Arbeiter- und Soldatenräte jeglicher Einwirkung auf Staats- und Kommunalbehörden sowie der Einmischung in Verwaltungsangelegenheiten zu enthalten haben. Hiernach haben die Arbeiter- und Soldatenräte ihre gesamte hierauf bezügliche Tätigkeit unverzüglich einzustellen und sich auch der Benutzung staatlicher und kommunaler Gebäude und Einrichtungen zu enthalten."

Ich erlaube ergehen, dies baldigt den Arbeiter- und Soldatenräten bekanntzugeben und diejenigen Personen, die der Anordnung des britischen Generalgouverneurs entgegenhandeln mit namhaft zu machen. Die englischen Militärbehörden werden dann gegen dieselben einschreiten."

## Geplanter U-Boot-Krieg gegen Holland und Skandinavien!

Washington, 19. Dezember. Reuter. Im Senatsauschuß zur Untersuchung der deutschen Propaganda wurden heute Schriftstücke zu Protokoll genommen, die bei der Eroberung von Palästina durch die Engländer im Quartier von Japen vorgefunden wurden. Nach diesen Schriftstücken hatte Deutschland im Oktober 1918 einen U-Boot-Krieg gegen Holland und Skandinavien geplant. Dem Rat der Volksbeauftragten ist von einem solchen Plan nichts bekannt.

## Die Opfer der Beschießung von Paris.

Paris, 18. Dezember. (Sabas.) "Figaro" veröffentlicht eine Statistik über die Beschießung von Paris mit Bomben. Die Hauptstadt erhielt im Jahre 1914: 45 Bomben, im Jahre 1915: 70, im Jahre 1916: 61, im Jahre 1917: 14. Im Jahre 1918 forderten 395 Bombenbeschießungen 1211 Opfer, davon 402 Tote und 809 Verwundete. Die Zeppelin-Luftschiffe warfen 228 Bomben ab, die 196 Personen töteten und 117 verwundeten. Am 23. März erhielt Paris 21 Geschosse der "Vertha", am 30. Januar töteten 80 Bomben 86 Personen und verwundeten 192.

## Die Bestrafung Wilhelms vor dem amerikanischen Repräsentantenhaus.

Haag, 19. Dezember. (Melbung des Hollandsch Nieuwsbldra.) Aus Washington wird gemeldet: Der republikanische Abgeordnete Darrow hat heute im Abgeordnetenhaus eine Beschließung eingebracht, worin gebeten wird, den ehemaligen Kaiser und jeden, der mit ihm oder auf seine Veranlassung gegen das Völkerrecht verfahren und ungesetzliche Kriegsgrenzen begangen hat, vor das Gericht zu stellen und zu bestrafen.

## Besprechung der deutschen Ostfragen.

Berlin, 19. Dezember. Am 15. d. M. fand in Polen eine Besprechung der Minister Girsch und Ernst, des Unterstaatssekretärs von Gerlach und verschiedener Kommissare der Zentralbehörden mit den Spitzen der provincialen Zivil- und Militärbehörden sowie den Vertretern des polnischen und deutschen Volkstrates statt. Nach eingehender Erörterung der Frage des Grenzschutzes präzisierete Minister Girsch die Stellungnahme der Regierung wie folgt:

Die Regierung hält einen besonderen Heimatschutz für die Provinz Polen nicht für nötig. Dagegen ist ein Grenzschutz unbedingt erforderlich zur Uebernahme des Disbieres und um die Ausfuhr von Lebensmitteln zu verhindern. Der Grenzschutz ist von den bodenständigen (d. h. den in Friedenszeiten in demselben Bezirk garnisonierenden) Truppen unter Kontrolle der Soldatenräte wahrzunehmen. Eine anordnende Gewalt steht den Soldatenräten nicht zu. Die zurzeit noch in der Provinz befindlichen Truppen aus fremden Bezirken sollen sofort zurückgezogen werden, sobald Truppen aus den zuständigen Generalkommandos zur Verfügung stehen, die sich aus den dienstpflichtigen Jahrgängen und Freiwilligen zusammensetzen."

Die polnischen Vertreter erklärten, daß sie statt der "in demselben Bezirk garnisonierenden Truppen" gelegt zu sehen wünschten "die aus demselben Bezirk rekrutierten Truppen", sowie daß es ihnen vor allem auf die Ausführung der von der Regierung schon seit längerer Zeit in Aussicht genommenen Regelung des Grenzschutzes ankomme.

In Sachen des Schulunterrichts legten die Polen besonderes Gewicht auf die alsbaldige allgemeine Einführung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache und die Zulassung des Polnischen als Unterrichtgegenstandes sowie auf die öffentliche Bekanntgabe dieser Abänderung der bisherigen Schulprovis.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Lebensmittellieferungen aus der Provinz Polen ergaben die Verhandlungen ein im ganzen befriedigendes Bild. Die von polnischer Seite geforderte Einrichtung polnischer Kontrollposten bei den Regierungsvertretern in Polen, Wespresseu usw. wurde von den Regierungsvertretern mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Behörden ja schon durch die Vertreter der A- und S-Räte kontrolliert würden. Wenn außerdem Kontrollen des polnischen Volkstrates zugelassen würden, hätten solche des deutschen Volkstrates denselben Anspuch. Das ergebe ein Nebeneinander von Instanzen, das jede Verwaltungstätigkeit lahm legen müsse.

und besser. Die Liebe zum Tier wird dem Menschen so in die tiefste Seele wachsen wie die Liebe zum Menschen.  
Dann wird den Tierschuhbereinern keine Aufgabe mehr bleiben.

## Großstadt und Ernährung.

Daß die Ernährungsfrage für die Großstädte am schwierigsten ist, hat der Krieg und sehr fühlbar bewiesen und zeigen uns jetzt die durch den schweren Waffenstillstand geschaffenen Bedingungen. Es sind aber gerade die eigenartigen Erscheinungen der modernen Großstadt, die der Ernährung so große Hindernisse entgegenstellen. In früheren Zeiten traten da, wo Großstädte entstanden, diese Schattenseiten nicht so fühlbar hervor. Die Großstadt ist ja durchaus kein Produkt unserer neuesten Zeit, sondern bereits im grauen Altertum hat es Großstädte gegeben, deren Bevölkerung man auf viele Hunderttausende berechnet hat. Diese Großstädte, Athen und Memphis, Babylon und Niniveh u. a. waren jedoch, ähnlich wie die Großstädte des alten China oder der mittelalterlichen Kreuzzüge, nur zufällig entstandene Gebilde, die den Kriegen irgendeines Despoten ihre Entstehung verdankten. Von ihren Kriegszügen schlepten diese Herrscher ungeheure Beute zusammen, und als Sammelpunkt dieser riesigen erbeuteten Schätze ergab sich von selbst ein gewaltig ausgebogener Bezirk, in dem sich viele Menschen versammelten, die an der Verzehrerung der aufgespeicherten Vorräte teilnahmen. Karl Bücher vergleicht in seiner Abhandlung über Großstadtypen aus fünf Jahrtausenden deshalb diese primitive Form der Großstadt mit der Höhle, nach der das Raubtier seine Beute schleppt und in der es ausruht, bis alles verpraßt ist. Die Natural-Tribute der unterworfenen Stämme füllten immer wieder die Vorratshäuser der Gewaltsherren und mußten so die Hunderttausende seines Hofes und Heeres ernähren.

Als diese Ausnahmeverhältnisse der großen Despoten fortfielen, verschwand auch die Großstadt im Altertum. Athen, die größte Stadt Griechenlands, hat mit den Socroren und dem Hafen zusammen nie mehr als 150 000 Einwohner gehabt. Als Rom zum Mittelpunkt eines Weltreiches von weit über hunderttausend Quadratmeilen wurde, da wuchs es zur ersten Großstadt des klassischen Altertums empor. Die Einwohnerzahl des kaiserlichen Rom läßt sich mit Bestimmtheit nicht feststellen. Die neueren Schätzungen schwanken zwischen 700 000 und 2 000 000 Einwohnern. Die Ernährung einer solchen Menschenansammlung war aber nur dadurch möglich, daß Rom die Verbindung durch den Tiber mit dem Meere besaß. Bei den Verkehrsmiteln, über die das Altertum verfügte, konnte nur eine Seestadt zur Großstadt werden. Dennoch machten sich auch in Rom vielfach Hungersnöte bemerkbar, und zum ersten Male in der Geschichte treten die Schwierigkeiten der Verproviantierung auf, die die Ernährung der modernen Großstadt zu einem so komplizierten Problem machen. Aus dem Lande leben konnten die Römer nicht wegen ihrer großen Anzahl; gearbeitet wurde von

ihnen, die sich als die Herren der Welt fühlten, verhältnismäßig wenig. So wurden zwei Drittel der Hauptstädter auf Staatskosten erhalten und nährten sich von den öffentlichen Kornspenden, die an diesen riesigen Volkspfeisungen teilnahmen, belief sich schon vor Caesar auf 800 000 männliche Personen. Es gab also in dem Rom der endenden Republik, wenn man die Frauen und Kinder mitzählt, über 800 000 Proletarier, um den Namen zu verwenden, der damals auskam. Ganz ähnlich waren die Verhältnisse in der Großstadt, die Rom als Hauptstadt des Kaiserreiches abgabte, in Konstantinopel. Mit diesen beiden Ausnahmefälle des Altertums verschwindet die Großstadt wieder für lange Zeit aus der Geschichte.

Die berühmtesten und wichtigsten Städte des Mittelalters sind für unsere Begriffe Kleinstädte, deren Einwohnerzahlen noch nicht 20 000 erreichten. Nürnberg, dessen Volksreichtum berühmt war, zählte in seiner Blütezeit 20 728 Einwohner, Augsburg in der Zeit seines höchsten Glanzes 18 000, Frankfurt a. M. 10 000, Basel 9000, Leipzig besaß 1474 4000 Einwohner, Dresden im selben Jahre 3200. Diese Städte konnten sich leicht aus der Landwirtschaft der umliegenden Gebiete ernähren; sie betrieben ein harmonisch entwickeltes Kleingewerbe, dessen Absch sich nur durch den direkten Verkehr des städtischen Marktes abspielte. Die Landbewohner brachten dafür Nahrung in die Stadt. Die modernen Großstädte konnten sich erst mit der Ausbildung der Großindustrie und der Verboollkommnung unserer Verkehrsmittel im 19. Jahrhundert entwickeln. Vor 100 Jahren hat im Gebiete des heutigen Deutschen Reiches nur eine Stadt über 100 000 Einwohner gehabt, nämlich Berlin. Im 1850 gab es fünf Städte über 100 000 Einwohnern, ums Jahr 1870 acht, 1870 war jeder 20. Mensch ein Großstädter, 1890 schon jeder achte, 1900 jeder sechste und 1905 jeder fünfte. So ist die Vermehrung der Großstädte sehr schnell erfolgt und sie hat sich in einem organischen Wachstum der Industrie vollzogen. Mindestens drei Viertel der modernen Großstadtbevölkerung lebt von einer einseitig entwickelten Großindustrie und arbeitet für den Weltmarkt. So sind Nahrung und Arbeit, die früher eng zusammenhängen, voneinander getrennt. Die Ernährung der Großstadt ist ganz auf die moderne Verkehrstechnik angewiesen, und sobald diese stockt, treten die Schwierigkeiten ein, unter denen wir jetzt leiden.

## Notizen.

Eine wertvolle Bereicherung unseres Museums stellt die reichhaltige Sammlung deutscher, niederländischer, französischer und spanischer Skulpturen des Mittelalters und der Renaissance dar, die Herr Dr. James Simon in den letzten zwanzig Jahren gesammelt hat und die er jetzt als Geschenk dem Museum überwiesen hat. Sie sind in das Kaiser-Friedrich-Museum überführt worden, später werden sie im Neubau ihre Aufstellung finden. Die Fertigstellung der neuen Museumsbauten soll jetzt nach Möglichkeit beschleunigt werden.





Kongress der A.- und S.-Räte.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)

Ein Antrag Dr. Laufenberg-Hamburg will zur Herbeiführung einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung eine Einigung der sozialistischen Massen herbeiführen. Vorlegung dafür aber soll sein, daß alle kompromittierten Führer...

Das ist eine geschichtliche Notwendigkeit und nicht auf irgend eine Regie zurückzuführen. Unsere Wirtschaft ist daneben der Feind heißt in den Hoffenstandber...

Es das aber eine wirkliche sozialistische Mehrheit sein wird, ist zweifelhaft. Der Wahlkampf, der jetzt beginnt, muß in möglichster Geschlossenheit geführt werden.

Blügel-Berlin (weiterer Vorsitzender der demokratischen Fraktion): Im Namen unserer Fraktion erkläre ich, daß wir geschlossen hinter den Ertragenergebnissen der Revolution stehen und gewillt sind, an ihrer Ausgestaltung mitzuarbeiten, aber nicht in nervöser Hast...

Wollenshuh (vom Volksrat) gibt gegenüber den Urdeutungen wegen der 400 000 Franc die Erklärung ab, daß er selbst diese Summe bei der Durchsichtung des Schloßes nach verdächtigen Personen einem Mann, der angeblich im Schloß zu wohnen abgenommen...

Die Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Leinert verliest ein Telegramm des Generalkommandos und des Generalsoldatenrats in München i. B., worin im Wesentlichen auf dem Kongress erklärt wird, daß die Verfassung über Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte...

Aus einem Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt sich, daß einhundertneunzig Delegierte die Reise nach Berlin über Holland gemacht haben.

Verlesen wird weiter eine Erklärung des Kassierers und des internen Ausschusses des Volksrats Berlin, wonach der Rat der Volksbeauftragten für den Kongress 100 000 M. zur Verfügung gestellt habe.

Vorsitzender Leinert: Ich werde diese Erklärung dem Rat der Volksbeauftragten mit dem Ersuchen, Geld zur Verfügung zu stellen, übermitteln.

Volksbeauftragter Landberg: Der Volksrat hat uns allerdings vier Dauschlotter-Schlüsse eingereicht, aber ich habe schon erklärt, daß diese vollkommen und brauchbar gewesen sind, und wir darauf nicht eingehen können.

in Verbindung stehen; ich sehe keinen aber dafür, daß Sie nicht im Stich gelassen werden! Unmittelbar nach Wiederaufnahme der Sitzung werden wir mit dieser Erklärung überfallen.

Leinert (Kassierer des Volksrats): Was Landberg gesagt hat, stimmt, soweit es meine Person betrifft. Ich habe ihn aber ausdrücklich gestützt, ob er mir eine Summe nennen könnte. Seit vier Tagen haben wir immer so unbestimmte Erklärungen bekommen...

Es soll nunmehr in die Tagesordnung eingetragen werden. Ritschke-Boipia (Unabhängige Fraktion, zur Geschäftsordnung): Der gestern angenommene Antrag Ademans überweist dem Zentralrat die parlamentarische Überwachung des Rates der Volksbeauftragten.

Volksbeauftragter Haase: Der Rat der Volksbeauftragten besteht unter der parlamentarischen Überwachung, daß alle Befehlsentwürfe dem Zentralrat vorgelegt, und alle wichtigen Befehlsentwürfe von ihm beraten werden. Der Rat der Volksbeauftragten hält es für ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Regelung Bewürnisse mit dem Zentralrat entstehen könnten.

Hr. Geyer-Weipia (Unabhängige Fraktion): Diese Erklärung stellt uns nicht zufrieden, sie verfehlt die Grundlage des Zusammenarbeitens hier und anderwärts vollständig.

Unter diesen Umständen muß meine Fraktion die Möglichkeit haben, sich über die veränderte Situation auszusprechen, und ich bitte daher, die Sitzung aufzuheben, um meiner Fraktion die Gelegenheit dazu zu geben.

Dieser Antrag wird abgelehnt. (Geyer-Weinert ruft: Dann gehen wir und unter Protest zurück, und Sie können ohne uns weiter tagen. — Unruhe.)

Brach-Remisch (Fraktion der reinen revolutionären Arbeiter und Soldaten): Nachdem es um durch die Weisheit unendlich gemacht ist, unsere Stellung zum Rate der Volksbeauftragten klarzulegen, bitte ich Sie, den Kongress zu verlassen und darüber schlüssig zu werden, ob wir weiter an der Tagung teilnehmen können.

Ein Teil der Unabhängigen und die Linksrabalen erheben sich unzufrieden, sich an den Saal zu verlassen, ein Teil von ihnen bleibt jedoch zurück, als nunmehr in der fortgesetzten Aussprache über die Frage der Nationalversammlung.

Volksbeauftragter Haase

das Wort erhält. Er bejaht die Frage nach der Notwendigkeit der Nationalversammlung. Auch das Kabinett ist darüber einig. Die Räte werden ihre Bedeutung behalten. Strittig ist nur der Zeitpunkt der Wahlen. Die Reaktionen aller Schattierungen verlangen fürmlich sofortige Wahlen. Dagegen habe ich Bedenken. Man hat eine ganze Reihe von Gründen für sofortige Wahlen angeführt, die sich nicht als richtig herausgestellt haben...

Humboldt-Freiburg: Diese Haltung verstehe ich nicht. Wenn die Nationalversammlung nötig ist, kann sie gar nicht früh genug kommen. Wenn schon, denn schon, und zwar möglichst bald.

Sohn-Ostfront: Nationalversammlung oder Räte-System heißt Demokratie oder Diktatur. Die Errichtung einer Diktatur aber bedeutet die Verewigung des Bürgerkriegs.

Das Räte-System war vielleicht für Rußland richtig, für Deutschland paßt es nicht. Es ist unvereinbar mit dem Aufbau unserer politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Leh-Wellen (Demokratische Fraktion): In Hessen verlangen alle Parteien die sofortige Einberufung der Nationalversammlung. Das ist doch Vertrauen zum Volk, es wird Euch nicht enttäuschen! Wer wie wir vier Jahre vom Militarismus getrieben worden ist, der weiß, wie er zu ihm gekommen hat.

Orbe-Riel: Wir Räter haben die Revolution zuerst gemacht und sind jetzt an den Vorwurf, daß wir etwa bremsen wollen. Aber nach reiflicher Überlegung treten wir für sofortige Wahlen ein.

Wegand der Reaktionen der verschiedenen Richtungen: Räter (Soldatenfraktion): Millionen Worten auf die einseitige Einberufung, die es geben kann. Ein Sozialist kann nicht das Selbstbestimmungsrecht des Grundrecht aller Demokratie, befehlen. Es wäre ein Paradoxon, wenn wir durch die Herrschaft des A. und S.-Räte das Volk enttäuschen wollten.

Rieselt-Berlin: Alle Tüchtigkeit vor Däumig dichterischer Phantasie, aber seinem Verstand kann ich keine Nebenbena entwerfen. (Weiterer:) Die Geyer, Geyer, Geyer, Geyer und Genossen sind die Händel der Revolution und die Händel der Händel.

Phantasie, aber seinem Verstand kann ich keine Nebenbena entwerfen. (Weiterer:) Die Geyer, Geyer, Geyer, Geyer und Genossen sind die Händel der Revolution und die Händel der Händel.

Wenn sie ihn an die Spitze stellen. (Weisall.) Wir wollen die Republik auf realem Boden, nicht im Wolkensfuchsdohm, das ein jeder Wind weghläßt. Soll mit unserem verhungerten Volk zum zweiten mal va banque gespielt werden? Dafür bedanken sich die Arbeiter und Soldaten. Die beste Sicherung der Errungenschaften der Revolution ist die schnellste Einberufung der Nationalversammlung, nach dem Vorschlag unserer Partei am 10. Januar.

Lampel-Hamburg (Soldatenfraktion): Die Mehrheit von uns ist der Überzeugung, daß das Räte-System den Separatismus fördert und den Aufbau der sozialistischen Republik gefährdet. Wenn wir Soldaten fünf Jahre dem politischen Leben entzogen waren, so haben wir unbeschäftigten Sinnes gesehen, wozu der Bürgerkrieg der sozialistischen Parteien führt. Wir haben die erwerbungsbedürftigen Generale beiseite, wir wollen nicht die Herrschaft der Rinderheit. Wir wollen unsere sozialistischen Ideen nicht dem Volk mit dem Volkskuppel einbläuen.

Leinert (Weisall): Der größte Teil der Soldaten wünscht die Nationalversammlung möglichst bald. Gegenüber Haase weise ich darauf hin, daß das Wahlgesetz eine Sonderbestimmung für die nach dem Wahlag zurückkehrenden Gefangenen vorsieht.

Rauf-Offenbach: Der Deutsche ist und bleibt Roman-tiker und die Anhänger der Diktatur sind es erst recht. Zu welchem Zweck ist denn die Revolution gemacht worden? Doch nicht etwa, um die Diktatur des Proletariats zu bereichern. Demokratie ist unvereinbar mit der Rinderheit, iranzend einer Klasse. Inzwischen ist die Rinderheit von ihrer Beratung zurückgelehrt.

Volksbeauftragter Scheibemann:

Karl Marx kann uns im Augenblick gar nicht helfen, wir müssen so entscheiden, wie die augenblickliche Lage es uns aufzwingt. Die Räte haben manches Gute geleistet, aber eine dauernde Einrichtung sind sie nicht. Man hat uns hier Plakate unter die Nase gehalten: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten! Aber man hat uns zugleich zu verstehen gegeben, daß man uns

ranschmeißen will, wenn wir nicht so entscheiden würden, wie es die Leute wollen, die gerade von der Straße herkommen. Ein dauerndes Befehlen der Arbeiter- und Soldatenräte würde den schluß sicheren Untergang von Gendel und Instruktion, den Ruin des Reiches und unabsehbare Elend für unser Volk bedeuten. (Lebhafter Zustimmung.) Wir bedanken uns für die Überzeugung der russischen Zustände. Gewiß braucht nicht alles so wie in Rußland zu kommen, aber die Folgen würden eintreten, und zwar noch viel schlimmer als in Rußland, denn in Deutschland gibt es viel mehr zu fürchten. (Sehr richtig!) Wir wollen keine Diktatur, sondern die Demokratie. Der russische Bolschewismus ist die Folge einer irigen Politik. Ich bin für die baldigste Einberufung der Nationalversammlung. Wenn das ganze Volk die Verantwortung mit tragen soll, muß es auch mit bestimmen können. (Zustimmung.) In einer so betwiesenen Lage wie hier kann eine Klasse gar nicht allein die Verantwortung tragen. Es scheint fast, als ob manche Kreise

Krug vor der Abrechnung

haben. Wir glauben, daß das Volk unsere Politik reifizieren wird. Die technischen Schwierigkeiten sind groß, aber sie sind nicht unüberwindlich. Wenn wir die Soldaten, die nach in Rußland sind, fragen würden, was sie lieber sehen: eine Wahl ohne sie, oder eine Verlängerung des Stands für ihre Frauen und Kinder, so werden sie uns sagen, daß wir ohne sie wählen sollen. (Sehr richtig!) Das Volk ist reif für die Wahl. Krieg und Revolution haben ihm die Augen geöffnet. Freilich, wenn noch recht lange so gewirtschaftet wird, wie jetzt vielfach in Berlin, dann besteht die Möglichkeit, daß die Wahlen gegen uns ausfallen. Aber Berlin ist glücklicherweise nicht Deutschland.

(Demonstrativer Weisall.) Weisall sind auch in Berlin diejenigen, die die Wahlen verschoben wollen, in der Rinderheit, nur machen sie mehr Spezial. Wir bedanken uns für die lächeligen Spagierarten mit Kalkinengewächsen, wir wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen Arbeit, Frieden und Brot unserer Völker sichern und damit auch die Errungenschaften der Revolution. (Stürmischer Weisall. — Ein Tribünenbesucher läßt laute Pfiffe ertönen. — Vergeblich suchen die Diener ihn hinauszumachen, er leistet Widerstand und ruft in den Saal: Schimmer als das Dreiklassenhaus. — Erregung und Unruhe.)

Telegramme aus der Ukraine und der Arim sowie von den internierten Kameraden der Armee Radensins verlangen schnelle Einberufung der Nationalversammlung. (Großer Weisall.)

Gaden-Neu hat das Schlusswort und setzt sich ausführlich mit Geyer über den Bolschewismus auseinander. Er rechtfertigt dann Haase und Däumig gegenüber seine Haltung und erklärt, Deutschland müsse jetzt in seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit manchen tun und hinnehmen, was es sonst nicht tun oder hinnehmen würde. In eine soziale Revolution in den reichen Entente-Ländern ist gar nicht zu denken. Auf ein solches

Kartenhaus sollen wir unser Schicksal aufbauen?

Krug unseren eigenen Reichen muß der Ruf nach der Nationalversammlung ertönen, dann werden wir die Führer des deutschen Volkes sein. (Lebhafter Weisall.)

Korreferent Däumig (Schlußwort): Nicht die allbürgerliche Demokratie, sondern das Räte-System entspricht unserer Zeit. Die von der deutschen Presse als korrupte Kapitalherrschaft hingestellte Demokratie der Weststaaten wollen Sie jetzt einführen? (Lebhafter Widerspruch.) Zum großen Teil werden in die Nationalversammlung die Leute des konterreinen Reichstages, der nie noch der Macht verlangt, kommen. Mit der Stimmzettelabgabe alle paar Jahre wird das deutsche Volk nicht zur politischen Aktivität erregt. Die Teilnahme an der Räteregierung wird ihm auch das Verständnis für seine Aufgaben im Produktionsprozess beibringen. Sie befehlen die Volkswirtschaft nach den tendenziösen Verichten der kapitalistischen Presse, aber ein Vertreter des „Manchester Guardian“, der 4 Jahre in Rußland gelebt hat, stellt fest, daß die Sowjetregierung der Anarchie feuert und daß nur der Einmarsch der Deutschen in die Ukraine Rußland von seiner Kornkammer abgeschnitten hat. (Zustimmung bei den Rabalen. — Vertreter der Ostfront tippen an die Stirn.) Schwer verständigt haben sich die deutschen Proletarier im Waffenrod, die im Interesse des Kapitals russische Proletarier niederzuehalten. (Stürmische Zustimmung bei den Rabalen. — Erregte Gegenrufe der Soldaten.) Solange die Wirtschaftlichen der Kriegspolitik mikroisieren, ist die Verhängung mit der Entente erstickt. Das deutsche Volk wird keine brutale Diktatur über, es braucht keine Maschinengewehre und Panzertruppen, es wird mit der Macht des Geistes siegen. Trotz ihrer heiligen Abstammung wird der Ruf „Alle Macht den Arbeiterräten!“ immer lauter ertönen, bis auch Sie sich ihm nicht mehr verschließen können. (Stürmischer Weisall bei den Rabalen.)

(Schluß im Hauptblatt.)

# Stadtverordnetenversammlung.

Dem Goethebund (Ausflug für Volkunterhaltungen) werden als Kostenbeitrag für seine „Großen Abende“ meiere 15 000 M. bewilligt.

Für Lohnzahlungen an das Arbeitspersonal der Straßenreinigung sind infolge der Lohnerhöhungen, der Rückkehr von 1100 Mann aus dem Felde und der Einführung des Schichtdienstes neben den bereits bewilligten 2 300 000 M. noch 2 775 000 M. für 1918 erforderlich. Die Bewilligung erfolgt ohne Erörterung.

Die Vorlage, monoch für die bei den siebenstaatlichen Gymnasien und Anzeigen Berlin bestehenden Elternbeiräte je fünf städtische Vertreter abgeordnet werden sollen, wird auf Vorschlag des Vorsitzers Richelet dem Ausschuss für Unbesoldete überwiesen.

Den in der Blindenbeschäftigungsanstalt arbeitenden Blinden, die seit Monaten infolge Rohstoffknappheit und Mangel an Einstellungen in besonderer Not sind, wird eine einmalige Feuerungszulage von 75 M. für Ledige, 100 M. für Verheiratete, 25 M. für jedes Kind, sowie die Erhöhung der Kriegszulage von 10 auf 20 M. vom 1. Oktober 1918 an zugewilligt.

Dem Anschlag der auf Neuköllner Gebiet belegenen Baufeldseiten des Garnisonkriegerhospitals in der Hofenstraße an die Kanalisation von Berlin und dem Aufschluß eines Nachbetrags mit dem Verband Groß-Berlin behufs Erweiterung der Brunnenanlagen des Wasserwerks Rüggessee stimmt die Versammlung zu.

## Groß-Berlin Auf der Tribüne.

Die Arme schmeißend in die Luft  
Spricht Sportakus zu seinen Söhnen:  
Wer nicht mit uns, der ist ein Schuft!  
Die Bretter stöhnen.

Wie er nach Ebert-Haase flücht!  
Sie müssen fliegen!  
Das Publikum fühlt sich gequält.  
Die Pfosten biegen.

Er holt zum letzten Stiege aus.  
Die Luft beginnt, sich zu verflüchten.  
Die Hörerchor erfährt ein Graus —  
Da krachen schon die Balken!

Paulsen.

### Die Feldgrauen und die Parteispaltung.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Einsendung gebeten:

Die im Jahre 1916 vollzogene Parteispaltung erfolgte ohne Befragung und Einwilligung der im Felde befindlichen Parteigenossen. Um deren Ansicht zum Ausdruck zu bringen, findet am Sonntag, den 22. vormittags 9 1/2 Uhr, in den Concordia-Festsälen, Andreasstraße 64, eine Versammlung statt, zu der sämtliche aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder beider sozialdemokratischen Parteien eingeladen werden, um Stellung zur Parteispaltung zu nehmen.

Eduard Bernheim, U. S. P. D., und Georg Davidsohn, S. P. D., referieren über das Thema: Deutschlands Lage und der Bruderkampf in der Sozialdemokratie. Anschließend freie Ansprache. Zutritt gegen Legitimation durch Mitgliedsbuch einer der beiden sozialdemokratischen Parteien und Mitgliedskarte.

Wir machen auf das Inserat in der morgigen Nummer aufmerksam.

### Mißbrauch oder Fälschung?

Zu den Neuköllner Vorgängen geht uns von den sozialdemokratischen Stadträten Conrad und Wuyth nachstehende Erklärung zu:

In der Sitzung des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrates am 18. d. Mts. sind neben anderen auch unsere Namen in den Vorgesängen im Rathaus am Montag, den 16. d. Mts., in Verbindung gebracht worden. Aus dem in einer Neuköllner Druckerei beschlagnahmten Manuskript eines Flugblattes soll der Beweis dafür hervorgehen.

Demgegenüber stellen wir fest, daß uns weder von der ganzen Geschichte am 16. d. Mts. noch von einem darauf bezüglichen Flugblatt irgend etwas bekannt war. Wenn trotzdem unsere Namen auf dem Flugblatt-Manuskript stehen sollten, so kann nur grober Mißbrauch oder gar Fälschung vorliegen.

Conrad, Wuyth.

### Für die Nationalversammlung.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Demonstranten am Montag vor dem Abgeordnetenhaus nicht gegen, sondern für die Nationalversammlung demonstriert haben. Dazu teilt nun auch der Angehörige der Maschinenfabrik Karl Flohe mit:

Bezüglich der Teilnahme an der Montagsdemonstration seitens der Beschäftigten der Firma Karl Flohe ersuchen wir dringend mitzuteilen, daß die dem Zuge angegeschlossenen Angestellten genannter Firma durch Vorpiegelung falscher Tatsachen an dieser Demonstration teilgenommen haben. Wir erklären ausdrücklich im Namen aller Angestellten, für die Nationalversammlung einzutreten zu sein, sowie voll und ganz auf dem Standpunkt der Mehrheitspartei zu stehen, nicht aber der gestern veranstalteten Sache, wie sie sich nachträglich herausgestellt hat, zu dienen.

### Die Bestattung der Toten von der Chausseestraße.

Die Bestattung der Opfer des 6. Dezembers erfolgt am Sonnabend, den 21. Dezember im Friedhofshain.

Von den sechzehn Opfern sind bereits zwei beerdigt worden. Die Trauerfeier beginnt in der Siegesallee, wo die vierzehn Leichen aufgebahrt werden, pünktlich 12 Uhr.

### Berliner Lebensmittel.

Die Neuanmeldung zum Zuckerbezug für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni läuft zum 27. Dezember bis zum 4. Januar. Im eigenen Interesse der Karteninhaber ist es erforderlich, die Karten nebst den beiden Kontrollabschnitten vor der Anmeldung beim Kleinhandler mit Namen und Wohnung in deutlicher Schrift auszufüllen.

Als Sonnabend, den 22., wird in den Bezirken der 44., 46., 50., 201., 222. und 230. Bezirkskommission pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Im Gemeindebezirk Berlin dürfen Kleinfische (mehr als 8 Stück auf 5 Pfund) ohne Marken entnommen werden, nur von Berliner Einwohnern, die sich durch die Berliner Bezugskarte ausweisen.

Streik bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer. Die kaufmännischen Angestellten und die gesamten Außenbeamten der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer sind in den Streik getreten, weil Verhandlungen über geforderte Lohnerhöhungen mit der Direktion und dem Ausschuss der Genossenschaft zu keinem Ergebnis geführt haben.

Ausländerpässe. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Ausländer ihre Pässe angeblich im Auftrag des Soldatenrats abgenommen wurden. Der Soldatenrat des Sicherheitsdienstes erklärt hiermit, daß derartige Befehle nicht erteilt sind.

Der Soldatenrat ersucht vielmehr, daß bei derartigen Fällen, wenn irgend möglich, die Pässe an die zu veranlassenden Stellen und der Betreffende dem nächsten Polizeirevier zugeführt wird.

Schuld der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsbeschuldigung. Die Zwangsbeschuldigung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, ist nach einer Verordnung des Reichs der Volkswirtschaften bis zum 1. Juli 1919 nur mit Bewilligung des Volkswirtschaftsgerichts zulässig. Diese darf nur erteilt werden, wenn ihre Verfolgung offenbar unbillig wäre. Vor der Bewilligung ist der Schuldner zu hören. Gegen die Entscheidung findet die sofortige Beschwerde statt. Kriegsteilnehmer sind auch Angehörige der immobilen Kruppen und Personen im vaterländischen Hilfsdienst des Auslandes. Gerichtsgebühren werden nicht erhoben.

Der Reichsbund der Kriegseingesetzten hält morgen, abends 8 1/2 Uhr, in Schöneberg bei R. Bern, Beurlager 16, eine öffentliche Versammlung ab. Kamerad Schumacher spricht über: Der Kriegseingesetzte in Industrie und Landwirtschaft.

Eine öffentliche Parteiverammlung beruft der Deutsche Parteibund am Sonntag, den 22., 10 Uhr vormittags, nach Faveland-Festsälen, Neue Friedrichstraße 25.

Eine Kammerkammerung findet am 22., vormittags 10 1/2 Uhr, im Kinotheater, Schönberger Ufer 40, statt.

Eine allgemeine Kreisversammlung wird am Sonnabend, den 21., 8 Uhr abends, im Kassenlokal des Weinhauses „Abingold“ Potsdamer Straße 3, zu wöchentlichen ärztlichen Fragen stattfinden. Jeder Groß-Berliner Arzt hat gegen Aufweis Eintritt.

Eine Organisation der Kräfte, die an städtischen, privaten und Kreisfremdenhäusern, Irrenanstalten, Heilanstalten und ähnlichen Institutionen angestellt sind, ist in die Wege geleitet. Die Gründungsversammlung findet heute, abends 8 Uhr, im Langenbeck-Bierhof (Saal neben der Garderobe) statt.

Die Neue Philharmonie bringt vom 20.—26. Dezember das Programm „Das Schweigen im Wald“ mit Lotte Neumann in der Hauptrolle.

Ein unaufgeklärter Todesfall beschäftigt die Behörden. Der Kraftwagenführer H. aus der Rangirer Straße kam von einigen Tagen am Scheffelschen Bahnhof Konflikt und nahm es seiner Frau mit nach Hause. Die Frau ah davon und kam später über Unwohlsein und kurz danach. Ein später hinzugezogener Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen, vermutet aber, daß sie mit dem Genuß des Konfekt im Zusammenhang steht. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Handwerk auf der Landstraße. Die Kolonialwarenhandlung von Kuchell in Jossen beauftragte Mittwoch ihren 21 Jahre alten Kutscher Kasimir Katagewitsch, einen Polen, eine Weinladung von Berlin nach Jossen zu holen. Der junge Mann fuhr mit einem selbstgekauften Federwagen, der mit zwei schwarzen Stuten bespannt war, ab. Gestern vormittags fand man den Kutscher tot wieder. Katagewitsch lag in der Nähe von Majatz neben der Landstraße mit eingeschlagenem Schädel auf einem Komposthaufen. Das Fahrzeug mit dem Wein im Gesamtwerte von 10 000 M. ist spurlos verschwunden. Der Wagen trägt ein Firmenstempel mit der Aufschrift: „P. Kuchell, Jossen, Telefon 55.“

### Notstandsarbeiten und Nahrungsmittelversorgung in Neukölln.

Die Neuköllner Stadtverordneten konnten gestern endlich wieder eine Sitzung abhalten. Der Andrang zur Tribüne war ungewöhnlich stark.

Eine Reihe Vorlagen wurden ohne Debatten genehmigt, darunter die zur Kenntnisnahme vorgelegte Mitteilung, daß die Stadt nach den Vorschriften des Wohnungsgesetzes einen Wohnungsnachweis eingerichtet hat, und der Magistratsantrag auf Beirteilung Neuköllns zum Ausfluß der Groß-Berliner Arbeitsnachweise. Beim Vorschlag der Sparkasse für 1919 bemerkte Stadtverordneter Abraham, hier könne man „mal etwas Angenehmes über Neukölln berichten“. Er wies auf den guten Stand der Sparkasse hin, auf die Miedlung der Einklagen und der Guthaben. Er leitete der Beweis, daß die Bevölkerung Neuköllns zur Sparkasse hat, wenn Ruhe und Ordnung herrscht.

Die sozialdemokratische Fraktion richtete an den Magistrat eine Anfrage wegen der Bereitstellung von Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen. Stadtverordneter Genosse Kloth wies auf den Arbeitsmangel hin, den die Erschwerung des Rohstoffbezuges steigert. Wir müssen aber, fährt er aus, dafür sorgen, daß wir wieder produzieren können. Nur der Fleiß unserer Arbeiter kann die Zukunft wieder besser für uns gestalten. Was kann der Neuköllner Magistrat dazu beitragen, die Bevölkerung möglichst vor Arbeitslosigkeit und Not zu bewahren? Wir müssen unter Industrieleuten anbahnen, um Arbeiten durch Steuern zu schaffen und dann durch Ansiedelung der Industrie die Arbeitslosigkeit zu mindern. Wir müssen die Wirtschaftsbetriebe der Stadt möglichst erweitern, baldmöglichst unsere Kohlenfelder in der Niederlausitz in Betrieb setzen und die Zementfabrikation in Gang bringen. Neukölln muß mit Groß-Berlin gemeinwirtschaftlich vorgehen, um Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Regierung wird dafür sorgen müssen, daß der Landwirtschaft überflüssige Arbeitskräfte anesetzt werden. Freilich müssen wir eine auf den Volkswillen sich stützende starke Regierung haben, und es muß Ordnung und Sicherheit eintreten, sonst ist eine geregelte Produktion unmöglich. Auch der Arbeiterschaft droht schwerer Schaden, wenn die Produktion nicht baldigst wieder in Gang kommt. Stadtrat Genosse Wuyth antwortete für den Magistrat. Er teilte mit, daß Neukölln bereits mit dem Mobilisierungsausschuß für Groß-Berlin gemeinsam arbeitet. In Besprechungen mit Vertretern der Industrie und der Schneidbahnunternehmen sind die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung erörtert worden. Neukölln selber wird durch Kleinwohnungsbaue, durch Reparaturen städtischer Gebäude, durch Ausführung von Straßenbauten für Arbeit zu sorgen suchen. Aber es hat jetzt schon 12 000 Arbeitslose, die Unterstützung erhalten. Die Neuköllner Industrie ist besonders zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit aufgefordert worden, doch fehlt es an Rohstoffen. Die Schwierigkeiten sind groß. Sie liegen, schloß Wuyth, auch in der Stimmung der Arbeiterschaft. Zum Teil ist ihr nicht klar, daß die Republik auf der Arbeit aufgebaut werden muß. Stadtrat Zäler und Stadtbaurat Hahn ergänzten diese Mitteilungen. Es soll alles aufgegeben werden, die geplanten Arbeiten baldigst in Angriff zu nehmen. In einem Schlusswort betonte Genosse Kloth, daß die Gemeinden ohne entschlossenes Eingreifen der Regierung wenig ausrichten können.

Eine andere Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion ersuchte den Magistrat um Auskunft über den Stand der Ernährungsfrage. Hierzu führte Stadtbaurat Genosse Heitmann aus: Es ist unsere erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß in dieser schweren Zeit und in den nächsten Monaten die Bevölkerung genügend Nahrungsmittel hat und auch die Preise sinken. Das ist besonders nötig angesichts der Arbeitslosigkeit und der Verminderung des Lohnverdienstes, die den Weiterarbeitenden droht. Stadtrat Wier hob hervor, daß die Hauptaufgabe der Lebensmittelversorgung nicht bei den Gemeinden, sondern bei der Reichsorganisation liegt. Ob die Verteilung in der jetzigen Höhe aufrecht erhalten werden kann, sei fraglich. Davon abgesehen dürfe Neukölln Wehl- und Brotversorgung für die nächsten Monate als gesichert gelten. Mit der Kartoffelversorgung hoffe man durchzukommen, aber die diesjährige Kartoffel werde wohl nicht so halten wie die vorjährige sein. Die Brotbackmittel seien wenigstens bis Mai gesichert. Auch mit den Nahrungsmitteln werde man in Neukölln durchhalten können. Die Versorgung mit Gemüse werde infolge guter Erntebedingungen. Dieser werde die Fettversorgung infolge geringer Wintervorräte nach immer düstrier sein. Von den in Neukölln erfolgten Lebensmittelbeschaffungen sagte Wier, der gute Wille sei anzuerkennen, aber die beschlagnahmten mäßigen Mengen fallen für die Versorgung einer Stadt wie Neukölln nicht ins Gewicht. Er sah kein Urteil dahin zusammen: Neukölln wird mit den Lebensmittel einigermassen durchkommen, wenn die Reichsstellen das Ihrige leisten. Eine Ver-

billigung glaubt er nicht erwarten zu dürfen, solange die Produktion so gering wie jetzt ist.

Für den Wohnungsausschuß Groß-Berlin wurde gewählt der Vertreter der Stadtverordnete Genosse Polenske, als Stellmann der Stadtverordnete Volk.

Aus dem Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat haben wir die letzte Sitzung nachzutragen, daß der A- und S-Rat die von der Verhandlungskommission getroffenen Vereinbarungen mit der Regierung nicht uneingeschränkt gebilligt hat. In diesem Richtersatz war es durch die im Saal und auf der Tribüne während der Verhandlungen, dem Gang der Verhandlungen genau zu folgen. Der A- und S-Rat hat durch seinen Beschluß erklärt, er gegen die Neuwahlen zum A- und S-Rat grundsätzlich kein Bedenken hat. Ueber Zeit und Ort soll aber erst später entschieden werden. Der A- und S-Rat ist bereit, die in die Ersetzung der Regierung eingehenden Verfügungen sofort zurückzunehmen, wenn die Regierung sich verpflichtet, bis spätestens bis 1. Januar 1919 ein Dekret in gleichem Sinne zu erlassen. Er bleibt aber bei der Erklärung, die Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung übernehmen zu wollen, deren Tagung dann überflüssig sei.

Neukölln. Sofortige erste ärztliche Hilfe in dringenden Fällen ist zu jeder Tages- und Nachtzeit in Neukölln auf der Reinholdswache, Kirchhofstr. 20/23, zu erhalten.

Wilmersdorf. Eine Märchenaufführung mit Lichtbildvorführung findet heute nachmittags um 3 Uhr in den Ritzspielern des Reformatoriums „Kurfürstentempel“, Kurfürstendamm 119/120, statt. Nicht sind mit Eltern eingeladen. Eintritt 10 Pf. Die Eintrittskarten der Veranstaltung im Wilmersdorf-Gymnasium haben Vorrang. Der Bildungsausschuß.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. Vom 20.—27. Schokolade für Kinder, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 30. September 1916 geboren sind, auf Verlangen in mehreren Größen. 1 Tafel (3/4 Pfund) 2,25 M., 2 Tafeln (1 1/2 Pfund) 2,95 M.

Mariendorf. Auf Januar-Milchkarten B. II 125 Gramm Schokolade (1,50 M.); C. I und C. II eine Tafel 125 Gramm Schokolade (1,50 M.); oder eine Tafel 125 Gramm Schokolade (1,90 M.) oder eine Tafel 100 Gramm Schokolade (1,50 M.); oder zwei Tafeln je 50 Gramm Schokolade (1,50 M.). Der Verkauf findet statt im Rathaus, Zimmer 10, und zwar für B. II-Milchkarten am 19., C. I-Milchkarten am 20., C. II-Milchkarten am 21., 9—12 Uhr vormittags.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### „Rätekongress und Nationalversammlung.“

Heute abend 7 1/2 Uhr finden in fünf großen Sälen öffentliche Versammlungen über das Thema: „Rätekongress und Nationalversammlung“ statt. Als Redner sind folgende Teilnehmer am Rätekongress gewonnen worden:

Franz Büchel, Otto Frank, Emil Gierke, Gustav Keller, Otto Lewin, Fritz Matern, Hermann Müller, Paul Reue, Willi Ramsbrock, Gustav Riedel.

Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu erfahren.

### Schwerhörige!

In Berlin soll eine besondere Gruppe für die schwerhörigen Genossen der Sozialdemokratischen Partei gebildet werden, in deren Zusammenkünften durch Apparate (sogenannte Hörer) es ermöglicht werden soll, daß alle eine jede Rede verstehen können.

Wir bitten alle schwerhörigen Parteigenossen, sowie die Gewerkschaftsmitglieder und „Vorwärts“-Leser, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei stehen, sich vollständig zu einer vorbereitenden Versammlung am Sonnabend, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 8 (am Velle-Allianz-Platz) 2. Hof, 8 Treppen links, einzufinden.

Genossen, die an diesem Abend verhindert sind, werden um Einsendung ihrer Adresse an das Bezirkssekretariat (Lindenstr. 8) gebeten.

Wir bitten die Gewerkschaftszeitungen um Abdruck dieser Notiz.

### Niederbarnim.

Sonnabend, den 21. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr, Kreis-Konferenz in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18, 8. Etage. Tagesordnung: 1. Die Wahlen zur Nationalversammlung. Referent: Genossin Juchacz. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Nationalversammlung. 3. Bericht über die Arbeit. — Wo infolge Ungenauigkeit der Adressen oder infolge Mängel in der Postbestellung keine besondere Zustellung ergangen ist, bitten wir darum, trotzdem Mandate auszufüllen und Vertreter zu senden. — Zur Stärkung der Parteiorganisation und zur Beschleunigung der Vorbereitungen für die Nationalversammlung hat der Sozialdemokratische Verein Niederbarnim ein Bureau errichtet und die Genossen Engel und Gursch mit der Erledigung der Geschäfte beauftragt. Die Adresse des Bureau ist: Sozialdemokratischer Verein Niederbarnim, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof IV. Telephon: Moritzplatz 14 838. — Der Vorstand: J. K.: Hermann Müller.

Neukölln. Heute abend 6 Uhr Flugblattverbreitung von den besagten Bezirksstellen aus.

Schwarzensee. Die für heute angelegte Versammlung muß infolge Verhinderung des Referenten ausfallen und wird am Sonntag, vormittags 10 Uhr stattfinden.

Wilmersdorf. In einer großartigen Ausdehnung für die Sozialdemokratie gestaltete sich die öffentliche Volksversammlung, die am Mittwoch nach dem großen Saal der Aula im Real-Gymnasium einberufen war. Genosse Ede-Prellaus sprach über Deutschlands Zukunft und erzielte am Schluß stürmischen Beifall. Die Diskussion, an der sich auch einige Anhänger bürgerlicher Parteien beteiligten, gab dem Referenten Gelegenheit, in seinem Schlusswort mit dem Segnen abzurechnen. Genosse Krenz schloß die Versammlung mit einem Wobch an die Anwesenden zur politischen Mitarbeit im Sinne der Sozialdemokratie und betonte die schwerwiegende Bedeutung der kommenden Nationalwahlen und die Verantwortung der Frauen als wohlbedachte Staatsbürgerinnen.

Landmit. Heute abends 8 1/2 Uhr, findet bei P. Ebel, Schulstraße, eine öffentliche Frauenversammlung statt.

Genossin Martha Hoppe spricht über die Stellung der Frau zur Nationalversammlung.

Spanbau. Mittagsbesprechung am Freitag, den 20., abends 7 1/2 Uhr, in der Jubiläumsturnhalle, Kollwitzstraße. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Reichsversammlung und Wahl von drei Delegierten. 2. Organisationsfragen. — Die neuen Mitglieder können ihre Mitgliedsbücher in Empfang nehmen, alle Vorstandsmitglieder und Freunde der S. P. D. sind zu der Versammlung eingeladen.

Arbeiter-Samariter-Bund Kolonne Groß-Berlin. Sämtliche Arbeiter-Samariter werden dringend ersucht, am 21., morgens 9 Uhr, in der Woche am Brandenburger Tor zur Dienstleistung bei der Beerdigung der Revolutionen zu erscheinen, besag. die Aufstellung der Leichen zur weiteren Verteilung. Die Mitglieder werden ersucht, die Leichen sofort anzulegen. Die Teilnehmer haben zum Aufweis ihrer Karte vorzulegen. Arbeiter-Turner-Bund. Vereine, die gewillt sind, sich an den 21. d. Mts. zu beteiligen, können sich melden bei Paul Schmidt, R. M. Grünhäger Str. 8, St. 11.

Die freie Turnerschaft Wilmersdorf-Schwarzensee veranstaltet am 1. Weihnachtstage im Stadtpark, Kaiser-Allee eine Begrüßungsfeier der aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder, wozu Freunde und Gönner eingeladen sind. Beginn 4 Uhr.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche Land bis Sonnabend mittags. Zunächst überhöht sich die Luft und zeitliche Auflockerung, besonders über der Ober- und Niederlausitz, kräftige westliche bis nordwestliche Winde, später Ausdrücken des Windes nach Südwest; wieder etwas wärmer und im Westen neue Regenfälle.